

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Rußland/GUS
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Folkert Garbe/Rainer Lindner

Wahlfarce in Belarus

Inszenierter Urnengang und neuer Widerstand

FG5 2006/03, April 2006

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Wahlfarce in Belarus – Inszenierter Urnengang und neuer Widerstand

Das Resultat der Präsidentschaftswahl in Belarus vom 19. März 2006 brachte keine Überraschung: Der seit zwölf Jahren autoritär regierende Präsident Alexander Lukaschenko wird dank eines von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weder als frei noch fair qualifizierten Urnenganges eine dritte Amtszeit antreten. Völlig im Sinne des Regimes verlief das inszenierte Wahlritual jedoch nicht. Noch in der Wahlnacht organisierte die Opposition, die der Lukaschenko-Administration massive Wahlfälschung vorwirft, die bisher größte gegen das Regime gerichtete Demonstration überhaupt, womit noch vor einigen Monaten nicht zu rechnen war. Tausende Menschen haben sich nicht von den im Vorfeld der Wahl geäußerten Gewaltandrohungen des Regimes einschüchtern lassen und setzten auch in den folgenden Tagen ihren Protest fort. Mit einer weiteren *farbigen Revolution* nach dem Vorbild der Ukraine 2004 und Georgiens 2002 ist allerdings vorerst nicht zu rechnen: Zu fest sitzt das Regime Lukaschenkos, das auf den Machtsäulen des sowjetischen Erbes, einer autoritären Herrschaft, einer abhängigen Staatswirtschaft und internationaler Abschottung beruht, noch im Sattel.

Das offizielle Endergebnis weist Lukaschenko als klaren Sieger aus. Wie die zentrale Wahlkommission, die sich im Wesentlichen aus Getreuen Lukaschenkos zusammensetzte, am 23. März verkündete, erhielt Lukaschenko 83% der Stimmen. Demnach verbesserte er sogar noch sein Ergebnis aus dem Jahr 2001 um fast acht Prozent. Weit abgeschlagen folgten Alexander Milinkewitsch, der gemeinsame Kandidat der Opposition, mit 6,1%, der regimeloyale Parlamentsabgeordnete Sergej Gajdukewitsch mit 3,5% und der zweite unabhängige Kandidat Alexander Kosulin mit 2,2%. Die Wahlbeteiligung lag nach Angaben der Offiziellen bei einem Rekordniveau von 92,9%.

Die „Wahl“ ist freilich nicht als Abstimmung im demokratischen Sinne zu verstehen. Vielmehr kommt sie einer Selbsternennung Lukaschenkos gleich, da das Ergebnis bereits lange zuvor vom Regime festgelegt worden war. Ein neuerlicher „eleganter Sieg“ mit einem möglichst eindrucksvollen Stimmenanteil zugunsten Lukaschenkos hatte nicht nur dessen Wiederwahl *per se* zum Ziel, vielmehr sollte er das Fehlen jeglicher Alternative zum Amtsinhaber demonstrieren.

Inszenierung einer Wahl

Schon frühzeitig hatte Lukaschenko mit den Vorbereitungen für einen reibungslosen Ablauf seiner Amtsbestätigung begonnen. Durch eine Reihe von Gesetzesänderungen aus dem Jahr 2005, die u.a. die strafrechtliche Verfolgung der Opposition erleichtern und den Informationsfluss über die innenpolitische Lage ins Ausland erschweren, hatte sich das Regime zunächst einen legalen Rahmen für Repressionsmaßnahmen gegenüber regimekritischen Kräften geschaffen.

Zugleich war die Lukaschenko-Administration darum bemüht, den Anschein einer demokratischen Wahl zu wahren: So lud es mehr als 1200 Wahlbeobachter ein, darunter über 400 von der OSZE. Außerdem „gewährte“ man neben dem Amtsinhaber drei weiteren Kandidaten die Registrierung für die Präsidentschaftswahl, um so das Trugbild eines pluralistischen Wettbewerbes zu konstruieren.

* Folkert Garbe war Praktikant in der FG Russland/GUS von Januar bis März 2006.

Im Herbst 2005 hatte der Kern der bis dahin zersplitterten Opposition auf dem „Kongress der Vereinigten Demokratischen Kräfte“ den politisch bis dato kaum in Erscheinung getretenen Alexander Milinkewitsch zum gemeinsamen Kandidaten gewählt. Hinter ihm versammelte sich eine Koalition aus zehn Parteien unterschiedlicher politischer Couleur, darunter die Belarussische Volksfront (BNF), die Grünen, die Sozialdemokratische Gramada, die Partei der Kommunisten der Republik Belarus (KPB), die Vereinigte Bürgerpartei (OGP) und die Frauenpartei sowie mehr als 200 NGOs. In den Wahlkampfstab Milinkewitschs traten Oppositionspolitiker und Parteivorsitzende wie Anatolij Lebedko (OGP), Winzuk Wetschorka (BNF) und Sergej Kaljakin (KPB) ein.

Kurz nach der Kür Milinkewitschs zum Oppositionskandidaten verkündete das regimetreue Parlament auf Anweisung Lukaschenkos die Vorziehung der Präsidentschaftswahl von Juli auf den 19. März 2006. Durch diese unerwartete Vorverlegung der Wahl nahm das Regime der Opposition mit der massiven Verkürzung der Wahlvorbereitungszeit eine wesentliche Ressource im Wahlkampf.

Die Staatsführung bediente sich darüber hinaus einer Reihe repressiver Maßnahmen zur konsequenten Marginalisierung der Opposition während des „Wahlkampfes“:

Neben der ständigen Überwachung und Behinderung der Oppositionsaktivitäten durch den Geheimdienst, Durchsuchungen von Büros, Konfiszierungen von Wahlwerbungsmaterialien und Verweigerung der Genehmigung von Wahlkampfkundgebungen, kam es unter meist fadenscheinigen Anschuldigungen zu unzähligen willkürlichen Festnahmen von Oppositionsaktivisten.

Die wohl schwerwiegendste Beeinträchtigung der oppositionellen Wahlkampagne stellte das *de facto* staatliche Informationsmonopol dar: Während Lukaschenko in den staatlichen Massenmedien allgegenwärtig war und eine überaus vorteilhafte Berichterstattung genoss, wurden die Oppositionskandidaten – mit Ausnahme je zweier halbstündiger Fernseh- und Radioauftritte – von den Regimemedien entweder ignoriert oder aber als vom Westen finanzierte und gesteuerte Marionetten, die einen gewaltsamen Staatsstreich im Sinne hätten, diskreditiert. Regierungskritische Printmedien wurden konsequent durch Verbote, willkürliche Konfiszierungen ganzer Auflagen, Ausschluss aus dem staatlichen Informationsverteilungssystem und Einschüchterungen in die Bedeutungslosigkeit abgedrängt, so dass die Opposition kaum einen Zugang zur Öffentlichkeit hatte.

Übrig blieben den Opponenten Lukaschenkos nur ein Wahlkampf von Haus zu Haus und öffentliche Wahlkampfkundgebungen. Diese wurden jedoch häufig nicht genehmigt oder scheiterten daran, dass den Veranstaltern entsprechende Räumlichkeiten nicht zur Verfügung gestellt wurden.

Die Lukaschenko-Administration machte sich darüber hinaus - trotz der ohnehin schon aussichtslosen Situation der Opposition - die vom Wahlgesetz vorgesehene Möglichkeit der frühzeitigen Stimmabgabe zunutze. So können die Wähler bereits in den fünf Tagen vor dem eigentlichen Wahltermin ihr Votum abgeben. Da in diesem Zeitraum der Wahlvorgang von den Beobachtern nicht angemessen zu überwachen war, drängte das Regime besonders von ihm direkt abhängige Wähler wie Militärangehörige, Studenten und Staatsbedienstete unter Androhung von Exmatrikulation und Entlassung zur frühen Stimmabgabe für Lukaschenko. Insgesamt nahmen 31,3% der Wahlberechtigten an der Vorwahl teil – mehr als doppelt so viele wie noch bei der vorherigen Präsidentschaftswahl im Herbst 2001.

Proteste trotz massiver Einschüchterungsversuche

Das Lukaschenko-Regime ließ durch entsprechende Verlautbarungen im Vorfeld der Wahlen keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit, im Falle von Protesten mit aller Härte gegen Demonstranten vorzugehen und erzeugte so systematisch ein Klima der Einschüchterung.

Höhepunkt dessen war die Ankündigung des Geheimdienstchefs Suchorenko auf einer Pressekonzferenz am 16. März, dass alle Personen, die nach der Wahl auf die Straßen gehen und „die Lage zu destabilisieren“ versuchten, wie Terroristen behandelt werden würden. Ein Tatbestand, der – so fügte er hinzu – mit der Todesstrafe geahndet werden kann.

Schon vor Schließung der Wahllokale am 19. März veröffentlichten regierungsnahe Institute Umfrageergebnisse, die einen Sieg Lukaschenkos prognostizierten, der sogar noch deutlicher ausfallen sollte als ohnehin schon erwartet. Daraufhin sprachen sowohl Milinkewitsch als auch Kosulin, die zwar Rivalen im Wahlkampf waren, aber dennoch gemeinsam auftraten, von massiver Wahlfälschung und forderten umgehende Neuwahlen. Außerdem riefen sie zu friedlichen Protesten im Zentrum Minsk auf. Milinkewitsch, der stets betont hatte, dass er keine Revolution, sondern lediglich freie und faire Wahlen anstrebe, sprach darüber hinaus von einer „verfassungswidrigen Machtergreifung“ Lukaschenkos, mit dem Hinweis auf das nicht verfassungskonforme Referendum von 2004, mit Hilfe dessen sich der Präsident erst die Möglichkeit zu einer weiteren Kandidatur geschaffen hatte. Trotz der ausdrücklichen Warnungen seitens der Administration versammelten sich am Abend bis zu 20.000 Menschen auf dem zentralen *Oktjabrskaja* Platz in Minsk zu einer nicht genehmigten Demonstration, um gegen das verkündete Wahlergebnis zu protestieren.

Die Proteste gegen den Ablauf der Wahl hielten mit einer Teilnehmerzahl von 5000 bis 8000 Personen auch über den Wahltag hinaus an. Die Demonstranten – vorwiegend Studenten und junge Berufsanfänger – errichteten in den folgenden Tagen auf dem *Oktjabrskaja* Platz ein Zeltlager mit bis zu 35 Zelten nach dem Vorbild des ukrainischen *Majdan*. Europäische Botschafter aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien und Lettland zeigten ihre Solidarität mit den Demonstranten durch ihre Teilnahme an den Protesten.

Angesichts der Präsenz internationaler Beobachter vermied das Regime den Einsatz von Gewalt. Stattdessen suchte es mit Hilfe einer landesweiten Informationsblockade die Protestbereitschaft möglichst gering zu halten. Nachdem jedoch die Wahlbeobachter der OSZE Belarus verlassen hatten und nur noch wenige internationale Medien direkt aus Minsk berichteten, ließ die Staatsmacht mehrere Hunderte Oppositionsaktivisten im ganzen Land verhaften.

Am frühen Freitagmorgen beendeten Einheiten der Bereitschaftspolizei schließlich die seit fünf Tagen andauernden Proteste, indem sie das Lager umstellten und die etwa 200 Demonstranten festnahmen.

Gewaltsames Ende

Am 25. März, dem inoffiziellen Unabhängigkeitstag, versammelten sich auf Aufruf der Opposition bei unterschiedlichen Kundgebungen insgesamt etwa 15.000 Belarussen. Die größte Demonstration mit ca. 7000 Personen fand im Janku-Kupala Park in der Hauptstadt Minsk statt. Als ein Teil von ihnen auf Aufruf Alexander Kosulins zum Marsch auf ein Staatsgefängnis, in dem viele der zwischen dem 19. und 25. März nach offiziellen Angaben 500 festgenommenen Demonstranten einsaßen, aufbrach, griffen Einheiten der Bereitschaftspolizei unter Einsatz von akustischen Schockgranaten, Rauchbomben und Schlagstöcken gewaltsam ein und beendeten damit vorerst die Protestwelle. Bei dieser Aktion wurden nach Angaben der belarussischen Menschenrechtsgruppe *Wjasna* mehr als 100 Personen verhaftet, darunter auch Kosulin selbst, der unterdessen von Innenminister Naumow beschuldigt wurde, „zur physischen Vernichtung Lukaschenkos und zum Sturz der Regierung“ aufgerufen zu haben und dementsprechend mit strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen habe.

Nach der gewaltsamen Auflösung der Protestkundgebung hielt die Polizei strenge Kontrollen im Stadtzentrum aufrecht und verweigerte den Bürgern den Zugang zum *Oktjabrskaja* Platz.

Oppositionsführer Alexander Milinkewitsch erklärte unterdessen, dass die Opposition nach den Zusammenstößen mit der Polizei in nächster Zeit keine neuen Massenproteste zu organisieren plane. Allerdings fügte er die Hoffnung hinzu, bald mehr als 200.000 Menschen mobilisieren zu können, wofür es jedoch eines "starken emotionalen Impulses" bedürfe.

Internationale Reaktionen

Vertreter der OSZE kritisierten bereits am Montag den Wahlablauf scharf. Der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Alcee Hastings, beklagte die zahlreichen Festnahmen von Oppositionsaktivisten kurz vor der Wahl und das allgemeine Klima der Einschüchterung. Der vorläufige Langzeitbericht der OSZE-Wahlbeobachter vom 20. März

dokumentiert erhebliche Unregelmäßigkeiten während des Wahlverlaufs, besonders willkürliche Ausübung der Staatsgewalt und Einschränkungen von Grundrechten, so dass die Wahl insgesamt nicht internationalen Standards freier und fairer Wahlen entsprochen habe.

Was das Ausmaß der direkten Wahlmanipulation betrifft, ist das Urteil der OSZE allerdings nur beschränkt aussagekräftig, da die Beobachter das Auszählen der Stimmen nur unzureichend überwachen konnten.

Die Europäische Union schloss sich der Einschätzung der OSZE an und erklärte ihre Absicht, den Druck auf das belarussische Regime zu verstärken. Es sei „durchaus wahrscheinlich“, dass die EU weitere Sanktionen gegen Belarus erlassen werde, so die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen, Benita Ferrero-Waldner.

Am 25. März gab die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik seitens der EU-Ratspräsidentschaft bekannt, dass der Europäische Rat auf seinem Gipfeltreffen beschlossen habe, restriktive Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die für die Verletzungen internationaler Wahlstandards verantwortlich sind. Ihren Angaben gemäß werden u.a. Einreiseverbote für diejenigen geprüft, die für die Wahlfälschung verantwortlich sind. EU-Vertretern zufolge wird auch das Einfrieren von Vermögen in Erwägung gezogen. Wirtschaftssanktionen gegen Belarus, welche hauptsächlich die Bevölkerung treffen würden, seien allerdings nach wie vor ausgeschlossen.

Die USA erklärten indes, dass sie die Wahl aufgrund der massiven Einschüchterung durch die Staatsmacht nicht anerkennen und kündigten ihrerseits Sanktionen an.

Der russische Präsident Wladimir Putin ließ Lukaschenko ein Telegramm zukommen, in dem er ihm formell zum Wahlerfolg gratulierte und die Hoffnung äußerte, dass Russland und Belarus „in gemeinsamen Bemühungen eine fortschreitende demokratische Entwicklung unserer Länder“ gewährleisten könnten.

Insgesamt hielt sich Russland – im Gegensatz zur Präsidentschaftswahl in der Ukraine 2004 – im Wahlkampf wie auch bei der Diskussion um die Wahlmanipulation auffallend zurück und gewährte Lukaschenko keine ausdrückliche Unterstützung.

Die Wahlbeobachter der GUS-Staaten konstatierten eine „freie, offene und transparente Wahl“ und kritisierten die „beispiellose Einmischung des Westens“. Interessant ist hierbei jedoch, dass das für die demokratische Anerkennung eines Wahlprozesses entscheidende Kriterium der *Fairness* in ihrem offiziellen Statement überhaupt nicht zur Sprache kam.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Eine freie und faire Abstimmung war vom belarussischen Regime zu keinem Zeitpunkt vorgesehen. Stattdessen diente die Präsidentschaftswahl einzig dem Machterhalt der politischen Klasse und der Marginalisierung der oppositionellen Kräfte. Als voller Erfolg im Sinne Lukaschenkos sollte dessen Amtsbestätigung jedoch nicht gesehen werden, denn trotz ihrer auf dem Papier vernichtenden Niederlage gelang es der vormals noch zerstrittenen Opposition, sich im Vorwahlkampf zu konsolidieren und zu einer politischen Alternative zu entwickeln, die imstande war, Protestaktionen in einem Ausmaß zu organisieren, das so keinesfalls zu erwarten war. Inwieweit die demokratischen Kräfte in Zukunft – mit Blick auf die 2008 anstehenden Parlamentswahlen – an Stärke gewinnen können, hängt auch vom Verhalten der internationalen Gemeinschaft ab.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten sich auf einen neuen Ansatz ihrer Belarus-Politik verständigen, der einerseits das Regime als illegitim betrachtet und andererseits angepasste Instrumente für die Beziehungen zu Belarus im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik einsetzt. Dazu empfiehlt sich die Schaffung eines Belarus-Koordinators bei der EU und einer Ad-hoc-Expertengruppe, die nach der Wahl neue Politikansätze gegenüber Belarus ausarbeitet.

Als Reaktion auf die manipulierte Wahl sollte die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik auch den Umfang der künftigen Arbeitskontakte mit der belarussischen Regierung neu definieren und der Liste unerwünschter Personen in der Europäischen Union

um die unmittelbar an Wahlfälschungen und Gewaltausübung beteiligten Personen ausweiten.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik sollte darum bemüht sein, die demokratischen Kräfte im Land weiter zu stärken. Die im Vorwahlkampf zu beobachtende Konsolidierung der Opposition muss weiter gefördert werden. Die Ernennung eines EU-Beauftragten für Belarus und die Schaffung einer EU-Repräsentanz für Monitoring-Aufgaben wären wichtige Schritte in diese Richtung. Das Auflegen von Kooperationsprogrammen mit belarussischen NGOs nach dem Vorbild des deutschen Förderprogramms Belarus ist dazu ebenso empfehlenswert.

Außerdem ist ein Durchbrechen der vom Regime vorsätzlich geschaffenen Informationsblockade erforderlich. Dies könnte z.B. dadurch geschehen, dass die von der EU unterstützten Informationsmedien, die über Belarus berichten und auch im Land selbst zugänglich sind, weiter gefördert werden.

Europäische Bildungsinstitute könnten ferner dem Beispiel der Europäischen Humanistischen Universität „EHUinternational“ in Vilnius folgen und den wegen der Beteiligung an Protesten in Belarus exmatrikulierten Studenten die Fortsetzung ihres Studiums – auch in Form eines Fernstudiums – ermöglichen und dafür entsprechende Stipendien bereitstellen.

Deutschland sollte Belarus mit noch größerem Nachdruck als bislang in seinen bilateralen Gesprächen mit Russland, dessen Unterstützung des belarussischen Regimes offenbar nachgelassen hat, thematisieren. Dies scheint umso lohnender, da der G8-Vorsitz und der Vorsitz im Europarat ab Mai 2006 für Russland nicht zuletzt die Verantwortung mit sich bringt, seine „Stärke“ und „Souveränität“ auch verantwortungsbewusst einzusetzen.